



22.03.2016: Im Juli können sich die 20 Millionen Rentner über die stärkste Erhöhung ihrer (gesetzlichen) Rente (GRV) seit 23 Jahren freuen. Die West-Renten steigen um 4,25%, im Osten beträgt die Anpassung + 5,95 %. Eine solch hohe Anpassung ist nicht mehr zu erwarten. Der relativ hohe Zuwachs in diesem Jahr und das bescheidenere Plus in den vergangenen zwei Jahren, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es aufgrund Nullrunden und Mini-Erhöhlungen in den vergangenen 15 Jahren, wegen der Teuerung bei den Rentnern an die Substanz gegangen ist. Seit dem Jahr 2000 gab es vier Nullrunden und sieben reale Minusrunden, d.h. die Rentenerhöhung war niedriger als die Inflationsrate.

Nach Berechnungen des isw erhöhten sich die Renten (Westdeutschland) von 2000 (einschließlich) bis 2015 um 18,29 West (Ost: 25,98%) Prozent; in der gleichen Zeit nahm jedoch die Teuerung um 26,73% zu. Die Kaufkraft der Renten (West) sank also um 8,44% (Ost nur 0,75%). Professor Gerd Bosbach, der bei seinen Berechnungen (bis 2014) zu ähnlichen Ergebnissen kommt, stellt fest: „Die Bestandsrentner (die bereits Rente beziehen) werden von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt“ (zitiert nach SZ, 1.7.15). Während die Lohn- und Gehaltsempfänger von 2001 bis 2015 ein Reallohnplus von 4.3% verzeichnen können – allerdings nur im Durchschnitt! - müssen die Rentner einen erheblichen Kaufkraftverlust verkraften. Die Rente eines Ruheständlers in Höhe von 1000 Euro zu Beginn 2000 hat trotz einiger nominaler Rentenerhöhungen heute nur noch eine Kaufkraft von 914 Euro.

Bei den Neurentnern, den Menschen, die neu in den Ruhestand gehen, sieht es noch schlechter aus. „Ein langjähriger Versicherter mit mindestens 35 Beitragsjahren erhielt 2000 eine durchschnittliche Altersrente von 1021 Euro. 2014 belief sich das Altersgeld für solche Neurentner nur noch auf 916 Euro“. (SZ, 1.7.16). Wegen der Inflation seit 2000 müsste sie aber bei 1270 Euro liegen, um die gleiche Kaufkraft wie die Rente zur Jahrtausendwende aufzuweisen.

Dämpfungsfaktoren

Die Renten folgen der Lohnentwicklung, wurde ursprünglich versprochen. Das war vor Beginn der Rentenreformen, heute trifft es nur noch bedingt zu. Die Reformen haben dazu beigetragen, dass durch verschiedene Dämpfungsfaktoren, das Rentenniveau gesunken ist, insbesondere durch den Riester- und Beitragsfaktor und den sogenannten Nachhaltigkeitsfaktor. Auch die Rente mit 67 bedeutet de facto eine Senkung des Rentenniveaus, da man Abschläge hinnehmen muss, wenn man nach wie vor mit 65 in Rente gehen will. Besonders stark wird sich in den nächsten Jahren der Nachhaltigkeitsfaktor dämpfend auswirken, da mit ihm die Alterung der Gesellschaft – das sich verschlechternde Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern – ausgeglichen werden soll. In einer Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Linksfraktion im Dezember im Bundestag wird davon ausgegangen, dass von 2016 bis 2029 der Riesterfaktor das Rentenniveau um 2,98 Prozent mindert und der Nachhaltigkeitsfaktor um 4,97 %, so dass das Rentenniveau in dem Zeitraum insgesamt also um 7,8 Prozent sinkt.

Das Rentenniveau, also die Rente, die ein Durchschnittsverdiener nach 45 Arbeitsjahren erhält – gemessen am jeweiligen Durchschnittseinkommen in Prozent, wird dann bei 43,0 % liegen. Darunter soll es vorerst nicht fallen. 2014 lag es bei 48%, 2000 bei 52,9% und 1985 bei 57,0%. Der Abstand zu den Arbeitseinkommen wird also noch größer werden. Der soziale Abstieg der Rentner ist programmiert, sagt Professor Gerd Bosbach, und das sei nichts Würdevolles: „Sie haben teilweise 30 bis 40 Jahre gearbeitet und zum Abschluss bekommen sie eine Rente, von der sie nicht leben können“ (zit. nach ARD, 9.9.15).

Der Schein der realen Rentenerhöhungen der vergangenen zwei Jahre, und vielleicht noch der nächsten zwei oder drei, trügt. Wenn der Nachhaltigkeitsfaktor voll durchschlägt, wird es zu einer grassierenden Altersarmut kommen. Ein Facharbeiter, der bei einem Rentenniveau von 50% noch 1100 Euro Rente bekam, wird bei 43% nur noch 960 erhalten – das ist bereits nah an der Armutsschwelle.

Bereits in den vergangenen Jahren nahm die Altersarmut bei Rentnern stark zu. Wie der Paritätische Wohlfahrtsverband in seinem jüngsten Armutsbericht feststellt, hat sich die Zahl der Rentner unterhalb der Armutsschwelle seit 2005 um 46 Prozent erhöht. Bei Rentnern lag die Armutsquote 2014 bei 15,6% - 3,4 Millionen Rentner - und damit erstmals über dem Durchschnitt. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Verbands: „Was wir heute in den Statistiken sehen, sind die Vorboten einer Lawine der Altersarmut“ (zit. nach SZ, 24.2.16).

Die Linkspartei fordert im Bundestag eine Rücknahme der Dämpfungsfaktoren. Die Renten sollen wieder eins zu eins den Löhnen folgen. Ansonsten drohe massive Altersarmut und eine „Legitimationskrise der Rentenversicherung“, sagt der Linke-Abgeordnete Matthias Birkwald (vgl. tz, 18.12.15). Der Sozialverband VdK fordert, das Rentenniveau bei 50 Prozent einzufrieren. Beides lehnt Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) ab. Sie gibt das Geld lieber für ihr Prestigeprojekt „Rente mit 63“, in Wirklichkeit „Rente mit 65“ abschlagsfrei und nur bei 45 Beitragsjahren, aus.

Text: Fred Schmid, [isw-München](#)

(der Artikel erscheint mit Grafiken im isw-wirtschaftsinfo 50 „Bilanz“ Mitte April)

Grafik: Bernd Bücking (isw-wirtschaftsbilanz 2014/2015)